

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur zweiten Auflage	5
§ 1 Grundlagen und Verwaltungsverfahren	17
I. Allgemeine Grundsätze des SGB II	17
1. Leistungsarten	17
2. Hilfebedürftigkeit	17
3. Grundsatz des Forderns – Obliegenheiten	17
4. Grundsatz des Förderns – Eingliederungsleistungen	18
II. Besondere Leistungsgrundsätze	23
1. Subsidiarität	23
2. Fehlen bereiter Mittel	23
3. Beschleunigungsgebot	24
4. Antragsrecht des Leistungsträgers	24
5. Verhältnis zu anderen Leistungen	25
6. Zuständigkeitsstreit zwischen dem Träger der Sozialhilfe und dem Leistungsträger nach dem SGB II	25
7. Besondere Art der Leistungsgewährung	26
a) Vorläufige Leistungen nach § 43 SGB I	26
b) Vorschüsse nach § 42 Abs. 1 S. 1 SGB I	26
c) Vorläufige Entscheidung nach § 328 SGB III	26
d) Vorwegzahlung	26
III. Verwaltungsverfahren	26
1. Antragsverfahren	26
2. Beratungs- und Hinweispflichten – Der sozialrechtliche Herstellungs- anspruch	28
3. Beteiligungsfähigkeit der Leistungsträger	29
4. Rücknahme eines rechtswidrigen nicht begünstigenden Verwaltungs- aktes	31
5. Widerspruchsverfahren	32
a) Ablauf des Widerspruchsverfahren	32
b) Recht zur Akteneinsicht im Widerspruchsverfahren	34
c) Anspruch auf Kostenerstattung im Widerspruchsverfahren	35
aa) Umfang der Kostenerstattung durch die Behörde	36
bb) Kostenfestsetzungentscheidung nach Widerspruchsverfah- ren	37
6. Gebührenberechnung von Betragsrahmengebühren	37
a) Gebühren Nr. 2400, 2401 VV	38
b) Erhöhungsgebühr Nr. 1008 VV	41
c) „Anrechnung“ von Gebühren in sozialrechtlichen Angelegenhei- ten	42
d) Erledigungsgebühr nach Nr. 1005 VV	42

IV. Beratungshilfe	43
1. Voraussetzungen für Beratungshilfe	43
a) Bedürftigkeit	43
b) Bedarf für Beratung und Vertretung	45
2. Örtliche Zuständigkeit bei der Beratungshilfe	46
3. Spezielle Probleme bei der Gewährung von Beratungshilfe	47
a) Mehrere Angelegenheiten	47
b) Vertretung einer Bedarfsgemeinschaft	47
c) Unmittelbarer Zugang zum Rechtsanwalt	47
4. Rechtsbehelfe gegen die Ablehnung der Beratungshilfe	48
5. Vergütungsfestsetzung in der Beratungshilfe	50
a) Gebühr für eine Beratung Nr. 2500, 2501 VV	50
b) Geschäftsgebühr Nr. 2503 VV, Erhöhungsgebühr Nr. 1008 VV ...	51
c) Erledigungsgebühr nach Nr. 2508 VV	51
6. Zusammentreffen von Ansprüchen auf Kostenerstattung und Beratungshilfe	51
a) Kostenerstattungsanspruch geht auf Rechtsanwalt über	52
b) Anrechnung der Beratungshilfegebühren auf das nachfolgende Kla- verfahren	53
 § 2 Leistungsberechtigte	55
I. Allgemeine Leistungsvoraussetzungen	55
1. Altersgrenzen	55
2. Erwerbsfähigkeit	55
3. Abgrenzung zur Grundsicherung im Alter und bei voller Erwerbsmin- derung	56
4. Abgrenzung zur Sozialhilfe	56
5. Feststellung der Erwerbsfähigkeit	56
6. Hilfebedürftigkeit	57
7. Gewöhnlicher Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland	58
8. Ausschluss von bestimmten Ausländern	58
9. Bedarfsgemeinschaft	59
a) Haushaltsgemeinschaft, leben in einem gemeinsamen Haushalt	59
b) Nicht eheliche Lebensgemeinschaft	64
c) Im Haushalt lebende Eltern und Partner unverheirateter erwerbs- fähiger Kinder	66
d) Ehegatten und Lebenspartner	66
e) Kinder in der Bedarfsgemeinschaft	67
10. Kinder in der Haushaltsgemeinschaft	69
11. Besonderheiten bei einem Anspruch auf Schulbedarf ohne Bedarfsgem- einschaft	70
II. Ausschluss von Leistungen	71
1. Stationär untergebrachte Personen	71

2. Unterbringung wegen Freiheitsentziehung aufgrund richterlicher Anordnung	72
3. Bezieher von Rente wegen Alters	72
a) Bezieher von vorgezogener Altersrente	72
b) Bezieher von Altersrente in Bedarfsgemeinschaft mit Leistungsberechtigten	72
4. Empfänger von Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz und Teilnehmer einer nach dem SGB III geförderten Maßnahme der beruflichen Bildung	74
a) Leistungsausschluss	74
b) Ausnahmen vom Leistungsausschluss	76
aa) Besondere Bedarfe sind nicht ausgeschlossen	76
bb) Sozialgeldanspruch von Angehörigen der Auszubildenden	76
cc) Ergänzende Leistungen zu den Kosten der Unterkunft	77
dd) Mini-BAföG, Berufsvorbereitung und Auszubildende ohne eigene Wohnung	78
ee) Besondere Härtefälle nach § 7 Abs. 5	78
 § 3 Leistungen nach dem SGB II	81
I. Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes	81
1. ALG II und Sozialgeld	81
2. Versicherungspflicht in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung bei ALG II-Bezug	81
a) Krankenversicherungspflicht der ALG II-Bezieher	82
b) Allgemeine Krankenversicherungspflicht	83
c) Rentenversicherungspflicht der ALG II-Bezieher	84
d) Übernahme der Beiträge zur Sozialversicherung	84
e) Beitragszuschuss zu den Kosten einer privaten Krankenversicherung oder zur freiwilligen Mitgliedschaft in einer gesetzlichen Krankenkasse	86
f) Folgen fehlenden Versicherungsschutzes in der gesetzlichen Rentenversicherung	87
g) Exkurs: Der Zuschuss zur freiwilligen gesetzlichen und privaten Kranken- und Pflegeversicherung für Nichtleistungsbezieher	88
3. Regelbedarfe zur Sicherung des Lebensunterhaltes	89
a) Ermittlung der Regelbedarfe nach dem Regelbedarfsermittlungsgesetz (RBEG)	89
b) Verfassungsmäßigkeit der Regelbedarfe nach dem Regelbedarfsermittlungsgesetz	90
c) Beurteilungsspielraum des Gesetzgebers	91
aa) Transparenzgebot	91
bb) Rechtfertigung von Kürzungen, Ausgleichsmöglichkeit	91
d) Verfassungsmäßigkeit der Anpassungsformel	93

e) Ungleichbehandlung verschiedener Personengruppen	93
f) Fragen der Gleichbehandlung	94
g) Ausblick auf verfassungsrechtliche Entwicklung	95
4. Leistungen für Mehrbedarfe	96
a) Leistungen bei Schwangerschaft	97
b) Leistungen für Alleinerziehende	97
c) Mehrbedarf für behinderte Menschen, die Leistungen zur Teilhabe erhalten	98
d) Mehrbedarf bei kostenaufwendiger Ernährung	99
e) Mehrbedarf nicht erwerbsfähiger Personen	101
f) Mehrbedarf bei dezentraler Warmwasserversorgung	102
5. Sonder- und unabweisbare Bedarfe	103
a) Sonderbedarf gegen den kommunalen Träger	103
b) Unabweisbarer Bedarf, einmaliger Sonderbedarf	105
c) Atypische Bedarfe	105
d) Darlehensgewährung bei Mittellosigkeit	109
e) Anspruch auf Bildung und Teilhabe	109
aa) Schulausflüge, mehrtägige Klassenfahrten	109
bb) Ausstattung mit Schulbedarf	110
cc) Lernförderung, Nachhilfeunterricht	111
dd) Anspruch auf Erstattung der Mehraufwendungen für Schulverpflegung	112
ee) Anspruch auf Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres	113
6. Leistungen für Unterkunft und Heizung	113
a) Ermittlung der Angemessenheit der Kosten der Unterkunft	114
b) Angemessene Heizkosten	121
c) Weiterzahlung der unangemessenen Kosten für Unterkunft und Heizung	122
d) Kostensenkungsobligie, Kostensenkungsaufforderung	122
aa) Bedeutung der Kostensenkungsbemühungen	124
bb) Unzumutbarkeit der Kostensenkung	125
e) Sonderproblem und Ausnahme: Warmwasserbereitungskosten	125
f) Ausgleichsanspruch – Mehrbedarf bei dezentraler Warmwasserversorgung	126
g) Nachzahlungen und Nachforderungen von Mietnebenkosten	127
h) Kosten der Unterkunft bei Eigentumswohnungen und Eigenheimen	128
i) Aufteilung der Unterkunftskosten	130
j) Leistungen bei Umzug	131
k) Übernahme von Mietschulden	134
l) Zuschuss zu den Wohnkosten nach § 27 Abs. 3 bei Empfängern von Berufsausbildungsbeihilfen uÄ	135

m) Regelung der angemessenen Kosten der Unterkunft und Heizung durch Satzung	137
7. Befristeter Zuschlag	139
8. Leistungserbringung als Darlehen	139
II. Leistung zur Eingliederung in Arbeit	141
1. Persönlicher Ansprechpartner	141
2. Eingliederungsvereinbarung	141
3. Leistungen zur Eingliederung im Einzelnen	143
4. Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung/ „Ein-Euro-Job“	143
§ 4 Anrechnung von Einkommen und Vermögen	148
I. Anrechnung von Einkommen	148
1. Unterschied Einkommen – Vermögen	148
2. Laufende und einmalige Einnahmen	149
II. Ausnahmen von der Anrechnung	150
1. Einnahmen nach dem SGB II	150
2. Grundrenten	150
3. Schmerzensgeld	151
4. Zweckbestimmte Einnahmen aufgrund öffentlich-rechtlicher Vorschriften	151
5. Nicht zu berücksichtigende Einnahmen nach § 1 ALG II-V/Sozialgeldverordnung	154
6. Elterngeld	155
III. Anrechnung von Einkommen	156
1. Steuern auf das Einkommen	156
2. Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	156
3. Beiträge zu privaten Versicherungen	158
a) Gesetzlich vorgeschriebene Versicherungen	158
b) Beiträge zu Versicherungen, die nach Grund und Höhe angemessen sind	159
c) Geförderte Altersvorsorgebeiträge „Beiträge zur Riesterrente“	161
d) Abzug von Werbungskosten und Betriebskosten	162
e) Freibetrag bei Erwerbstätigkeit: Pauschbetrag iHv 100 EUR	164
aa) Grundfreibetrag	164
bb) Freibeträge für Erwerbstätige	165
f) Abzug von Unterhaltszahlungen	169
g) Kinderfreibetrag für Empfänger von BAföG oder BAB-Leistungen	170
4. Einkommen aus selbstständiger Arbeit – Einmalige Einnahmen	170
IV. Kinderzuschlag und Wohngeld	176
1. Kinderzuschlag	176
2. Anspruch auf Wohngeld	178

V. Anrechnung von Vermögen	179
1. Unverwertbare Vermögensgegenstände	179
2. Vertragliche Verwertungshindernisse	179
3. Gesetzliche begünstigte Verwertungshindernisse	180
a) „Rürup“ – Basisrente	180
b) Versicherung zur Alterssicherung	180
c) Tatsächliche Verwertungshindernisse	180
4. Abzusetzendes Vermögen	181
a) Grundfreibetrag	181
b) Grundfreibetrag Minderjähriger	182
c) Besonderer Grundfreibetrag für ältere Leistungsberechtigte	182
d) Verwertungsausschluss bei verschiedenen Vermögenswerten	182
e) Gefördertes Altersvorsorgevermögen	183
f) Besondere Altersvorsorge Basisrente	183
g) Zur Altersvorsorge bestimmtes Vermögen	185
h) Ansparfreibetrag	185
5. Nicht zur berücksichtigendes Vermögen	186
a) Angemessener Hausrat	186
b) Angemessenes Kraftfahrzeug	186
c) Angemessene Altersversorgung	187
d) Selbst genutztes Hausgrundstück	190
e) Vermögen zur Beschaffung oder Erhaltung von Wohnraum für behinderte oder pflegebedürftige Menschen	191
f) Allgemeine Härteregelung	191
6. Umschichtung von Vermögenswerten	193
 § 5 Sanktionen	196
I. Gemeinsame Voraussetzungen von Sanktionen	196
1. Anforderungen an eine Rechtsfolgenbelehrung	196
2. Sanktion ohne Rechtsfolgenbelehrung	198
3. Zeitlicher Zusammenhang zwischen Verstoß und Sanktion	198
4. Subjektiv zurechenbarer Pflichtverstoß	198
5. Verhältnis von Einkommen, Sanktion und Schadenersatz	199
6. Keine Sanktion bei wichtigem Grund für das Fehlverhalten	203
II. Einzelne Sanktionstarbestände	204
1. Nichterfüllung der Pflichten in der Eingliederungsvereinbarung	204
2. Ablehnung einer zumutbaren Arbeit	205
3. Ablehnung einer zumutbaren Arbeitsgelegenheit oder einer geförder- ten Arbeit (§ 16 c SGB II)	206
4. Nichtantritt und Abbruch von Eingliederungsmaßnahmen	206
5. Sanktion bei „Quasi-Sperrzeit“	207
6. Sanktion bei Sperrzeit	207

7. Sanktion bei Vermögensminderung und unwirtschaftlichem Verhalten	208
8. Sanktion bei Meldeversäumnis	208
§ 6 Rückforderung und Inanspruchnahme Dritter	212
I. Rückforderung von Leistungen	212
1. Aufhebung von Verwaltungsakten	212
a) Rücknahme von rechtswidrigen begünstigenden Verwaltungsakten nach § 45 SGB X	213
b) Rücknahme von Verwaltungsakten nach § 44 SGB X	217
c) Aufhebung von Verwaltungsakten nach § 48 SGB X	217
2. Erstattung von zu Unrecht erbrachten Leistungen	220
3. Besonderheiten bei Rückforderung von Leistungen nach dem SGB II ..	221
a) Reduzierter Rückforderungsbetrag bei Aufhebung nach § 45 Abs. 1 S. 1 und § 48 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 und 4 SGB X	221
b) Rückforderung von Leistungen für den Schul- und Teilhabebedarf (§ 28)	221
c) Aufrechnung bei Unredlichkeit	221
4. Umdeutung eines fehlerhaften Bescheides nach §§ 45, 48 SGB X	223
5. Verhältnis der Rückforderung zu Erstattungsansprüchen der Leistungsträger	223
a) Erstattungsanspruch bei vorläufigen Sozialleistungen	223
b) Erstattungsanspruch bei nachträglichem Wegfall und Ruhens eines anderen Sozialleistungsanspruchs	224
c) Erstattungsanspruch des nachrangigen Leistungsträgers	225
d) Verhältnis der Erstattungsansprüche zur Rücknahme und Aufhebung von Verwaltungsakten	226
II. Ansprüche gegen Dritte und Rechtsnachfolger	227
1. Übergang von Ansprüchen des Leistungsberechtigten	227
a) Allgemeine Regelungen	227
b) Besondere Regelungen für Unterhaltsansprüche	229
c) Geltendmachung des Anspruchs durch den Leistungsträger	230
2. Einzelne Ansprüche	231
3. Ansprüche gegen Rechtsnachfolger	232
4. Schadenersatzansprüche gegen den Leistungsberechtigten	234
a) Schadenersatz bei sozialwidrigem Verhalten	234
b) Schadenersatz bei Abbruch von Bildungsmaßnahmen	234
§ 7 Verfahren vor den Sozialgerichten	236
I. Verfahren im ersten Rechtszug vor dem Sozialgericht	236
1. Rechtsweg	236
2. Örtliche Zuständigkeit	236
3. Klagearten	236

a) Anfechtungsklage	236
b) Kombinierte Anfechtungs- und Leistungsklage	237
c) Anfechtungs- und Verpflichtungsklage	237
d) Untätigkeitsklage	238
4. Beschränkung der Überprüfung des Bescheides durch den Klageantrag	239
5. Klage einer Bedarfsgemeinschaft – Klagehäufung	239
6. Klage betrifft nur den angefochtenen Bewilligungszeitraum	240
7. Anforderungen an eine wirksame Klageschrift	241
8. Zurückweisung verspäteten Vorbringens	243
a) Korrektur der Klageschrift	243
b) Fristbestimmung durch den Vorsitzenden	243
9. Klagerücknahmefiktion	245
10. Verfahrensgang, Verfahrensbeendigung	246
a) Amtsermittlung	246
b) Grundsatz der mündlichen Verhandlung	246
c) Beendigung des Verfahrens	247
aa) Klagerücknahme	247
bb) Anerkenntnis	247
cc) Angenommenes Anerkenntnis	248
dd) Teilanerkenntnis	248
ee) Urteil – Gerichtsbescheid	250
ff) Beendigung des Verfahrens durch Urteil	251
gg) Inhalt des Urteils	251
II. Kosten des Klageverfahrens	253
1. Kostenerstattungsansprüche der Kläger gegen Beklagte und Beigeladene (Kostengrundentscheidung)	253
a) Kostenerstattungsansprüche gegen Beigeladene nach § 193 SGG ..	253
b) Kostenerstattungsansprüche gegen den Beklagten	253
2. Kostenfestsetzung durch Urkundsbeamten (Entscheidung über die Höhe und den Anfall von Gebühren)	254
a) Erinnerung gegen Entscheidungen des Kostenbeamten	254
b) Anhörungsrüge	254
c) Verfassungsbeschwerde	255
III. Rechtsanwaltsvergütung im sozialgerichtlichen Verfahren	255
1. Verfahrensgebühr nach Nr. 3102, 3103	256
2. Terminsgebühr Nr. 3106 VV	260
IV. Prozesskostenhilfe	262
1. Erfolgsaussichten	262
2. Beiordnung eines Rechtsanwalts notwendig	262
3. Bagatellrechtsprechung	263
4. Entscheidungsreife des Prozesskostenhilfegesuchs	263
5. Teilweise Bewilligung von Prozesskostenhilfe	265

6. Zeitpunkt der Bewilligung der Prozesskostenhilfe	265
7. Wirkung der Bewilligung von Prozesskostenhilfe und Beiordnung	266
8. Anspruch auf Erstattung von Kosten verdrängt Anspruch auf Prozesskostenhilfe	266
9. Rechtsbehelfe gegen ablehnenden Prozesskostenhilfebeschluss	267
10. Rechtsbehelf gegen Entscheidungen des Gerichts im Verfahren auf Festsetzung der Gebühren gegen die Staatskasse	268
11. Gebühren im Prozesskostenhilfeantragsverfahren	268
V. Vorläufiger Rechtsschutz vor den Sozialgerichten	269
1. Einstweiliger Rechtsschutz in Anfechtungssachen	270
a) Herstellung der aufschiebenden Wirkung durch den Leistungsträger	270
b) Einstweilige Anordnung in Anfechtungssachen	271
c) Verfahrens- und Gebührenhinweis	272
2. Einstweiliger Rechtsschutz in Vornahmesachen	273
a) Anordnungsanspruch	273
b) Anordnungsgrund – Eilbedürftigkeit – Abwendung wesentlicher Nachteile	274
c) Verpflichtung zur Leistung mit Abschlägen möglich	276
d) Einstweiliger Rechtsschutz und Rechtskraft	276
3. Rechtsbehelf gegen die Versagung des einstweiligen Rechtsschutzes ..	277
4. Verhältnis Beschwerdeverfahren und Antragsverfahren beim einstweiligen Rechtsschutz	278
5. Dauer der Leistungsgewährung	279
6. Antragstellung im einstweiligen Rechtsschutzverfahren (Vornahmesache)	279
7. Prozesskostenhilfe im einstweiligen Rechtsschutzverfahren	280
8. Gebühren im einstweiligen Rechtsschutzverfahren	280
9. Mündliche Verhandlung im einstweiligen Rechtsschutzverfahren	283
VI. Berufungsverfahren	284
1. Zulassung der Berufung	284
a) Grundsätzliche Bedeutung	285
b) Divergenz	285
c) Verfahrensmangel	286
2. Nichtzulassungsbeschwerde vor dem Landessozialgericht	286
VII. Revision und Sprungrevision	287
VIII. Kontrolle von Satzungen über die angemessene Höhe der Kosten der Unterkunft und Heizung	289
Anhang	291
I. Muster isolierter Antrag auf Prozesskostenhilfe	291
II. Muster: Beschwerde gegen die Ablehnung der Prozesskostenhilfe durch das Sozialgericht	292

Inhaltsverzeichnis

III. Muster: Einstweilige Anordnung, Regelungsanordnung nach § 86 b Abs. 2 S. 2 SGG	294
IV. Muster: Beschwerde gegen ablehnenden Beschluss über den Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz	297
V. Muster: Anfechtungsklage gegen Versagungsbescheid	299
VI. Muster Anfechtungs- und Leistungsklage	301
VII. Muster: Nichtzulassungsbeschwerde vor dem Landessozialgericht „Grundsätzliche Bedeutung“	304
VIII. Muster: Atypischer Bedarf Widerspruch gegen einen ablehnenden Bescheid	306
Stichwortverzeichnis	309